

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger...
für die Anzeiger die Postenstellen...
—
Anzeiger-Preis Nr. 23.

Anzeigerpreis für Anzeigen...
Anzeiger 25 Pfennig...
Anzeiger 50 Pfennig...
Anzeiger 100 Pfennig...
Anzeiger 200 Pfennig...
Anzeiger 300 Pfennig...
Anzeiger 400 Pfennig...
Anzeiger 500 Pfennig...
Anzeiger 600 Pfennig...
Anzeiger 700 Pfennig...
Anzeiger 800 Pfennig...
Anzeiger 900 Pfennig...
Anzeiger 1000 Pfennig...

Programme: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 14

Sonntag, den 17. Januar 1932

27. Jahrgang

Vorschlag für Lausanne

Der englische Wirtschaftssachverständige Keynes wünscht die Vertagung bis nach den französischen und preussischen Wahlen

Auch englische Verschleppungstaktik

London, 15. Jan. Der Schlussteil des bereits vorgemerkten Vorschlags des Wirtschaftssachverständigen Keynes in der Wochenschrift „New Statesman and Nation“ bezieht sich auf die Konferenz von Lausanne und besagt: Die Lage ist noch nicht reif für eine endgültige Regelung in Lausanne in diesem oder dem nächsten Monat. Es gibt mehrere Gründe, aus denen dies bestimmt unmöglich ist. Europa und Amerika werden von politischer Erregung befeuert. Besonders können wir angesichts des bevorstehenden Wahlen in Frankreich und in Preußen sicher sein, daß die Staatsmänner weder des einen noch des anderen Landes heute die Zugeständnisse machen können, die sie vielleicht innerlich als weise erkennen, und die sie in einigen Monaten zu machen imstande sein dürften. Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten die folgende Form annehmen: 1. Ein Versprechen der Alliierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzis und endgültigen Vorschlag für die endgültige Festlegung seiner Verpflichtungen zu machen. 2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftskrise während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird. 3. Im Hinblick auf diese Ziele eine Verlängerung des Moratoriums Deutschlands bis zum 15. Dezember und eine Vertagung der Konferenz um sechs Monate.

gleichen Auffassungen haben wir wie das erste Kabinett Laval.

Zum Unterschied von den Franzosen wollen die Engländer an der Lausanner Konferenz unbedingt festhalten. Wenn es nicht gelingen sollte, in Lausanne bereits eine Einigungsformel zu finden, so wird wahrscheinlich der Vorschlag gemacht werden, eine Kommission zur Prüfung der Einzelheiten einzusetzen und die Hauptkonferenz bis nach den französischen und preussischen Parlamentswahlen zu vertagen.

Endgültiges wird man, wie schon gesagt, erst nach der Rede Laval's sagen können. Aber das vorstehend verzeichnete politische Stimmungsbild aus Paris verstärkt nur den Eindruck, daß man offenbar Zeit gewinnen möchte, um eine bis jetzt noch nicht vorhandene, nicht einmal sichbare Annäherung in der Kriegsschuldenfrage zu ermöglichen, in der die Meinungen zwischen Amerika und den anderen Gläubigerstaaten außerordentlich stark auseinandergehen.

Wie dem auch sei, mit der deutschen Regierung ist die deutsche Öffentlichkeit der Auffassung, daß mit der Konferenz begonnen werden muß. Eine Auffassung, die man offensichtlich auch in London teilt. Von dort hört man, daß die englische Regierung den Beginn der Konferenz planmäßig am 25. Januar erwartet.

Frankreichs Teilnahme immer noch ungewiß?

London, 15. Jan. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident Laval gewissen ausländischen Wirtschaftlern in Paris zu verstehen gegeben habe, Frankreich werde an der Lausanner Konferenz nur teilnehmen, wenn es eine vorherige Verständigung mit Großbritannien und Deutschland erreicht habe.

Londo rechnet mit achttägiger Dauer

London, 15. Jan. Nachdem nunmehr das neue französische Kabinett gebildet worden ist, rechnet man in englischen Regierungskreisen damit, daß die Tributkonferenz, wie geplant, am 25. Januar beginnen werde. Die beteiligten englischen Minister, der Außenminister, der Schatzkanzler und der Handelsminister, wollen am 23. Januar von London abreisen. Sie hoffen, daß die Konferenz rechtzeitig beendet werden kann, damit sie am 2. Februar entweder wieder in London zurück sein bzw. an der Eröffnung der Abrüstungskonferenz in Genf teilnehmen können. Für den kommenden Dienstag und Mittwoch sind Kabinettsitzungen angesetzt worden, in denen die kommenden Konferenzen vorbereitet werden.

Kabinettsitzung in Berlin

Noch Ungewißheit über Lausanne — Wichtige Landwirtschaftsfragen

Berlin, 15. Januar. In der heutigen Kabinettsitzung werden die Vorbereitungen der Konferenz von Lausanne fortgesetzt. Die Frage, ob diese Konferenz eine Beschlebung erleidet, läßt sich auch jetzt noch nicht mit Sicherheit beantworten. Auf Grund der neuen englischen Meldungen, wonach sich die in Frage kommenden englischen Minister bereits zur Abreise vorbereiten, hält man es in Berlin jetzt für wahrscheinlicher, daß die Konferenz doch noch stattfindet, vielleicht aber mit Rücksicht auf die französische Kammerdebatte eine Verzögerung von wenigen Tagen erfährt. Die Möglichkeit, daß die Zusammenkunft dann auf später vertagt wird, bleibt allerdings trotzdem bestehen.

Das Kabinett beschäftigt sich ferner mit einer Reihe landwirtschaftlicher Fragen, und zwar auf Grund mehrerer Vorlagen des Reichsernährungsministers. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Entesicherung im Osten. Weiterhin steht eine Anzahl Anträge auf Zollserhöhungen und Einführung von Kontingenten für Butter, Gemüse usw. zur Beratung. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß diese Anträge vom Kabinett alle genehmigt werden. Schließlich wird man die Frage prüfen müssen, mit welchen Mitteln man dem Bautadumping einiger agrarischer Nachbarländer durch eine differenzierte zollpolitische Behandlung dieser Länder entgegenwirken kann.

England verlängert den Tribut für Oesterreich

Wien, 15. Jan. Die Bank von England hat einer weiteren Verlängerung des der Oesterreichischen Nationalbank in Höhe von 100 Millionen Schilling gewährten Kredites zugestimmt.

Die Hoffnungen auf Amerika

Vor dem Frontwechsel in der Schuldenfrage?

London, 15. Januar. Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Artikel Mussolinis hätten in amtlichen Kreisen übertraf. Präsident Hoover habe immer wieder betont, daß der erste Schritt nicht von Washington, sondern von Europa ausgehen müsse. Nach seiner Ansicht sei es am besten, zu warten, bis sich die europäischen Mächte über die Tribute geeinigt hätten. Ein solches Vorgehen würde seine Stellung für den Fall stärken, daß späterhin die europäischen Mächte mit genauen Vorschlägen für eine Reduktion oder Streichung der Kriegsschulden an Amerika heranzutreten könnten.

Hoover werde dadurch, daß er keinerlei Verantwortung für die Entscheidung in Europa habe, in die Lage versetzt, noch einmal an den Kongreß heranzutreten und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß sich das amerikanische Parlament den Ereignissen in Europa nicht verschließen dürfe. Die öffentliche Meinung in Amerika, auf die Mussolini Bezug nehme, verlange einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und werde jeden Schritt begrüßen, der von den erwählten Führern empfohlen werde. Die Amerikaner beurteilten zwar die Schuldenfrage von einem anderen Gesichtspunkte aus als die Europäer, sie würden aber schließlich doch im Interesse des Landes eine Streichung der Kriegsschulden gutheißen. Der Berichterstatter des Daily Telegraph stellt schließlich fest, daß sich deutlich die Reizung bemerkbar mache, die amerikanische Haltung noch einmal zu überprüfen.

Auch der Daily Express meldet aus New York, daß ein amerikanischer Frontwechsel in der Kriegsschuldenfrage als sicher betrachtet werde. Die Kongreßmehrheit, die den Ideen Hoovers noch vor einem Monat feindlich gegenübergestanden habe, werde ihre Stellungnahme erneut nachprüfen. Selbst die härtesten Gegner einer Streichung oder Herabsetzung der Schulden hätten jetzt nach der deutschen Erklärung, daß weitere Tributzahlungen unmöglich seien, erkannt, daß eine Lösung gefunden werden müsse. In Washington spreche man bereits ganz offen die Ansicht aus, daß den Vereinigten Staaten nichts anderes übrigbleibe, als entweder die Kriegsschulden freiwillig herabzusetzen oder überhaupt nichts zu erhalten.

Der Nachtragsetat des Reiches

Inkraftsetzung durch Notverordnung?

Berlin, 15. Januar. Wie das Nachrichtenbüro des Reiches meldet, beginnen Anfang der kommenden Woche innerhalb des Reichsrates Vorbereitungen über den von der Reichsregierung unterbreiteten Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1931. Wenn auch der vorläufige Haushaltsplan des Reiches für 1931 in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen war, so sind doch durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage im Laufe des Etatsjahres starke Veränderungen eingetreten, die einen Nachtragshaushalt notwendig machten.

Der Nachtragsetat wird alle die Maßnahmen etabliert, zu denen die Reichsregierung bis zum Oktober gegriffen hat, also insbesondere auch die Notverordnungen. Er wird die Rückgänge bei den Steuereinnahmen deklarieren und andererseits die Herabsetzung der Ausgaben, wie sie sich durch die Stundung der Reparationszahlungen, durch die Kürzung der Ueberweisungen an die Länder, durch die Gehaltskürzungen und durch die übrigen Sparmaßnahmen ergeben hat. Insbesondere werden, wie dem Nachrichtenbüro noch erklärt wird, im Nachtragshaushalt auch die 80 Millionen RM erscheinen, die das Reich den Gemeinden anlässlich der gestiegenen Ausgaben für die Wohlfahrtsverbände weiterhin zur Verfügung gestellt hat. Diese Reichshilfe für die Kommunen wird danach mit insgesamt 230 Millionen ausgewiesen.

Die Entscheidung darüber, ob der Nachtragshaushalt für 1931 durch den Reichstag verabschiedet oder im Wege einer Notverordnung in Kraft gesetzt werden soll, liegt noch beim Reichsfinanzminister bzw. dem Reichskabinett, soll aber in kürzester Zeit getroffen werden.

Neue Schwierigkeiten um den Brotpreis

Berlin, 15. Januar. Nachdem die am 22. Dezember mit dem Zentralverband der Bäckereinnungen und den Brotfabriken vereinbarte Herabsetzung der Brotpreise jetzt im wesentlichen im ganzen Reich durchgeführt ist, macht sich neuerdings im Bäckergewerbe eine starke Unruhe wegen des Steigens der Roggenmehlpreise bemerkbar. Der Mehlpreis ist seit Anfang Januar um 1.65 RM, seit der Vereinbarung mit dem Preiskommissar sogar um 2 RM gestiegen. Für das Berliner Brot macht das z. B. einen Betrag von 2 Pfg. aus. Wie das Nachrichtenbüro des Reichs erfährt, hat diese Tatsache bereits zu einem Schritt des Zentralverbandes bei den zuständigen Stellen geführt, wobei darauf hingewiesen worden ist, daß angesichts der stark herabgesetzten Verdiensthonne das

Frankreichs Auffassung

„Seringe Aussichten für die Lausanner Konferenz“

Paris, 15. Jan. Innerhalb der französischen Regierung ist seit den Erklärungen Brünings die Auffassung verbreitet, daß bei den bestehenden Meinungsverschiedenheiten die Aussichten für die Lausanner Konferenz sehr gering seien. Ministerpräsident Laval hat den deutschen Botschafter von Hoersch, der unmittelbar nach seiner Rückkehr von Berlin Laval Anfang dieser Woche aufsuchte, ohne eine Einschränkung erklärt, daß Frankreich die Auffassung Brünings in der Reparationsfrage nicht akzeptieren könne und völlig entgegengegesetzter Ansicht sei. Finanzminister Lhandin hat in der ersten Erregung über die Brünings-Erklärungen sogar öffentlich angekündigt, daß es unter diesen Umständen unmöglich sei, nach Lausanne zu gehen.

Durch die Regierungskrise ist in den letzten Tagen das Interesse für das Reparationsproblem hier vorübergehend etwas zurückgetreten. Es ist aber anzunehmen, daß das zweite Kabinett Laval in dieser Beziehung genau die